

Digital signiert durch DigiPol
Eingelangt: 19.06.2026 13:01
Aktenzahl: PGL-878419-2026-KVP/GAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat
DigiPol-Nummer: 1.94

Frau
amtsführende Stadträtin
der Geschäftsgruppe
Kultur und Wissenschaft
Mag. Veronica Kaup-Hasler

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Ing.in Judith Edelmann (ÖVP) und Dr. Michael Gorlitzer, MBA (ÖVP) an Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft Mag. Veronica Kaup-Hasler zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Kultur und Wissenschaft (GKU)) für den Gemeinderat am 22.06.2026 - 23.06.2026.

Für eine faire, transparente und ideologiefreie Kulturförderung in Wien

Die Stadt Wien versteht sich als Kulturmetropole von internationalem Rang. Gerade dieser Anspruch verpflichtet dazu, Kunst und Kultur nicht nur umfassend zu fördern, sondern öffentliche Mittel verantwortungsvoll, transparent und ausgewogen einzusetzen, denn Kulturförderungen werden mit Steuergeld finanziert. Umso wichtiger ist es, sorgfältig darauf zu achten, welche Vereine, Projekte und Einrichtungen in welcher Höhe unterstützt werden, wie Förderentscheidungen zustande kommen und ob die Vergabe treffsicher, nachvollziehbar und ohne Mehrfach- bzw. Doppelförderungen erfolgt.

Das gilt umso mehr in Zeiten angespannter Budgets und angekündigter Einsparungen im Kulturbereich. Wenn öffentliche Mittel knapper werden, braucht es klare Prioritäten, Transparenz und eine faire Abwägung. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass Förderungen vor allem jenen Kulturinitiativen zugutekommen, die nur eine kleine, politisch einseitig geprägte Zielgruppe

ansprechen, während publikumswirksame Angebote, etablierte Kulturinstitutionen und traditionsreiche Veranstaltungen zunehmend unter Druck geraten. Beispiele wie die Debatte um die Wiener Kammeroper oder die ursprünglich gestrichene Förderung für das Sommernachtskonzert zeigen, dass Wien seine kulturpolitischen Prioritäten klarer und ausgewogener setzen muss.

Zunehmend zeigt sich, dass Teile der Wiener Kulturszene weniger auf breite kulturelle Teilhabe, künstlerische Vielfalt und gesellschaftlichen Zusammenhalt ausgerichtet sind, sondern vor allem auf Skandalisierung, Polarisierung und politische Zuspitzung. Kunst darf selbstverständlich kritisch, unbequem und politisch sein. Problematisch wird es aber dann, wenn öffentliche Kulturförderung überwiegend Formate begünstigt, die vor allem ein bestimmtes politisches Milieu bedienen.

Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Debatte rund um die Wiener Festwochen und die abgesagte Diskussionsveranstaltung mit Peter Thiel. Eine kontroverse Diskussion wurde zunächst programmiert, dann aber nach Kritik und angekündigten Absagen wieder aus dem Programm genommen. Gerade dieser Vorgang zeigt, wie verengt kulturpolitische Debatten mittlerweile geführt werden. Eine lebendige Kulturstadt sollte jedoch in der Lage sein, auch schwierige, unbequeme und kontroverse Debatten auszuhalten, anstatt Diskursräume vorschnell zu schließen.

Kulturförderung aus öffentlichen Mitteln hat die Aufgabe, eine möglichst vielfältige Kulturlandschaft abzubilden, von Hochkultur bis freier Szene, von etablierten Institutionen bis zu innovativen Projekten, von klassischer Musik über Theater, Musiktheater und Literatur bis hin zu zeitgenössischen Kunstformen. Entscheidend muss sein, ob Projekte künstlerische Qualität, gesellschaftliche Relevanz, Publikumswirksamkeit, Nachwuchsförderung, kulturelle Teilhabe und einen Mehrwert für Wien leisten, jedoch nicht, ob sie einem bestimmten politischen oder ideologischen Milieu entsprechen.

Eine faire Kulturpolitik braucht mehr Transparenz, eine bessere Vergleichbarkeit von Förderungen und eine regelmäßige Überprüfung, ob Mittel tatsächlich ausgewogen und effizient eingesetzt werden. Dazu gehört insbesondere auch die Frage, ob einzelne Projekte oder Träger aus mehreren städtischen Förderschienen bzw. stadtnahen Strukturen Mittel erhalten und ob dadurch faktische Mehrfachförderungen entstehen. Gerade angesichts knapper Mittel muss die Stadt Wien sicherstellen, dass Förderungen nicht in geschlossenen Strukturen zirkulieren, sondern der gesamten Vielfalt des Wiener Kulturlebens zugutekommen.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat fordert die zuständige amtsführende Stadträtin für Kultur

und Wissenschaft auf, sich im Rahmen ihrer politischen Verantwortung dafür einzusetzen, dass die Wiener Kulturförderpolitik fairer, transparenter und ausgewogener gestaltet wird. Dabei sollen insbesondere mögliche Mehrfach- bzw. Doppelförderungen geprüft, Förderentscheidungen nachvollziehbarer dargestellt sowie regelmäßige Evaluierungen der Förderpraxis vorgesehen werden.

Ziel muss es sein, die gesamte Breite des Wiener Kulturlebens besser abzubilden, eine zunehmende ideologische Verengung in der öffentlich geförderten Kulturlandschaft hintanzuhalten, etablierte wie neue Kulturangebote fair zu behandeln und jene Veranstaltungen zu stärken, die für ein breites Publikum zugänglich sind sowie zur kulturellen Vielfalt, internationalen Strahlkraft und Identität Wiens beitragen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

230.06.2026

Unterzeichner*innen:

Dr. Michael Gorlitzer, MBA (ÖVP); Judith Edelmann (ÖVP)